

Wolf hofft auf die Unterwalliser

Brigitte Wolf will für die Grünen in den Staatsrat. Sie hat keine Angst vor einer möglichen bürgerlichen Allianz.

Interview: Melanie Biaggi

Brigitte Wolf, es sind Wahlen und Sie machen wieder gemeinsame Sache mit Mathias Reynard. Im Vorfeld sorgte diese Entscheidung innerhalb Ihrer Partei für Diskussionen.

Ja, es gab Diskussionen. Es gab in der Partei Mitglieder, die eine reine grüne Liste bevorzugten. Andere wollten eine gemeinsame Liste mit der SP. Schlussendlich hat die Generalversammlung für die gemeinsame Liste gestimmt. 2019 hat sich ja bereits gezeigt, dass dies eine gute Strategie ist.

Eine reine Frauenliste bei den Grünen wäre ein starkes Zeichen gewesen.

Kann sein. Aber ich bin überzeugt davon, dass wir noch stärker sind, wenn sich die Linke vereint. Jetzt haben wir eine sehr ausgeglichene Liste, mit Kandidierenden aus allen Regionen des Wallis und zwei Frauen. So werden wir ein noch besseres Resultat erzielen.

Sie setzen sich dafür ein, dass mehr Frauen in die Politik gehen. Ist das auch ein Grund für Ihre Kandidatur?

Meine Kandidatur ist eine für die Grünen, für das Oberwallis, aber auch für die Frauen. Es muss normal werden, dass Frauen in der Politik, dort, wo die Entscheidungen gefällt werden, dabei sind. Nicht nur in der Legislative, sondern auch in der Exekutive müssen sie vertreten sein.

Eine Walliser Regierung ohne Frau ist aber momentan ein mögliches Szenario.

Wir haben jetzt mit Magali Di Marco und mir zwei Frauen, die zur Wahl stehen. Nun ist es an den Wählerinnen und Wählern, diese zu unterstützen. Ich hoffe, dass es auch Frauen und Männer aus der Mitte gibt, für die eine Regierung ohne Frau nicht infrage kommt.

Warum braucht das Wallis eine grüne Staatsrätin?

Alle wichtigen Themen, die auf uns in naher und ferner Zukunft zukommen, sind grüne Kernthemen. Dabei denke ich an die Klimaerwärmung, den Verlust von Biodiversität, eine ökologische Wirtschaft. Wir beschäftigen uns damit bereits seit unserer Gründung, lange bevor die anderen Parteien diese Themen auf der Agenda hatten. Darum ist es sehr wichtig, dass die Grünen bei den kommenden Entscheidungen dabei sind, auch in der Exekutive.

Sind nicht alle Parteien inzwischen grün?

Ideen und Massnahmen, die früher als extrem galten, sind heute mehrheitsfähig geworden. Das freut uns natürlich. Es braucht immer Vorreiter, damit später Kompromisse gemacht und eine Mehrheit gefunden werden kann.

Was ist momentan das dringlichste Umweltproblem im Wallis?

Unter anderem der Verlust der Biodiversität. In der Landwirtschaft haben wir einerseits das Problem, dass zum Teil bewirtschaftetes Land aufgegeben wird. Auf der anderen Seite sehen wir eine Intensivierung in der Landwirtschaft, Land wird überdüngt, es gibt grosse Monokulturen. Da müssen wir dagegenhalten. Die Natur und die Biodiversität sind unser wichtigstes Gut – für den Tourismus, aber auch für die Gesundheit der Menschen und Tiere.



Brigitte Wolf kandidiert für die Linke, das Oberwallis und die Frauen.

Bild: pomona.media/Daniel Berchtold

Brigitte Wolf

Brigitte Wolf, 54, kandidiert für die Oberwalliser Grünen für einen Sitz in der Walliser Regierung. Sie startet auf einer Liste mit Magali Di Marco, Grüne Unterwallis, und SP-Nationalrat Mathias Reynard. Die Biologin kommt ursprünglich aus Graubünden. Sie lebt aber schon über 25 Jahre im Oberwallis, genauer in Bitsch. Beim Landschaftspark Binntal ist Wolf für die Kommunikation zuständig, bei der

Arbeitsgemeinschaft für den Wald hat sie die Geschäftsleitung inne. 2009 hat Wolf kurz nach der Gründung der Oberwalliser Grünen das Präsidium übernommen. Zwei Jahre sass sie als Suppleantin im Grossen Rat. Sie kandidierte bereits dreimal für die eidgenössischen Parlamentswahlen. Zuletzt 2019 auf einem Ticket mit Mathias Reynard. Mit ihrer Parteikollegin Di Marco teilt sie unter anderem die

Leidenschaft für den Sport. Beide waren in der Vergangenheit Spitzensportlerinnen. Wolf holte an den Orientierungslauf-Weltmeisterschaften 2003 mit der Staffel Gold, war zweimal Vize-Europameisterin. Vor dem Interview wollten wir wissen, wie es sich als Grüne mit dem Namen Wolf im Oberwallis leben lässt? «Inzwischen eigentlich ganz gut – im Gegensatz zu früher», sagt Wolf. (mab)

Ein wichtiger Punkt ist für mich auch die Sanierung von Altlasten, wie etwa in der Deponie Gamsenried.

Blieben wir bei der Landwirtschaft. Sollen nur noch Bauern Subventionen erhalten, die auf Pestizide und Antibiotika verzichten, wie es die Trinkwasserinitiative verlangt?

Noch vor wenigen Jahren war ich überzeugt davon, dass wir in der Schweiz mit unserem Trinkwasser kein Problem haben. Studien zeigen jetzt etwas anderes. Eine Million aller Schweizerinnen und Schweizer haben Pestizidrückstände in ihrem Trinkwasser. Wir

haben also ein Problem. Für die Lebensmittelproduktion in der Schweiz zahlen wir Subventionen in der Höhe von etwa 3,5 Milliarden Franken pro Jahr. Zum Teil sind diese Subventionen bereits an ökologische Bedingungen geknüpft. Aber Fakt ist, wir haben zu viele Pestizide, eine Überdüngung und Ammoniakemissionen, die klimaschädlich sind. Da braucht es eine Korrektur. Ich finde es super, dass man jetzt über diese Subventionen diskutiert. Ich bin für Subventionen an die Landwirtschaft, aber sie müssen umgelenkt werden. Für das Berggebiet könnte dies eine Chance sein. Wir be-

treiben nicht eine solch intensive Landwirtschaft. Vielleicht werden unsere Produkte dadurch wertvoller.

Ein Dauerthema im Wallis ist die Raumplanung. Sollen Bodeneigentümer entschädigt werden, wenn sie Bauland auszonieren?

Dort, wo ein Bodeneigentümer bereits Investitionen wie etwa in eine Erschliessung getätigt hat, ja. Ansonsten bin ich dagegen. Warum braucht es überhaupt eine Raumplanung? Wir vergessen in der Diskussion oft, dass es um die Planung unserer Ressourcen und den Boden geht. Mit unserem Land

müssen wir sorgsam umgehen. Es ist ja nicht so, dass wir keine Entwicklung mehr wollen, aber die Zersiedelung soll gestoppt werden. Der Kanton hat seine Hausaufgaben gemacht. Jetzt müssen die Gemeinden die geforderten Rückzonungen machen. Man wird Lösungen finden.

Viele Bodeneigentümer wird es aber hart treffen.

Ja, es wird einzelne solche Fälle geben. Aber man hat ja auch jahrzehntelang zum Teil ohne Strategie Bauland eingezont. Jetzt braucht es einfach eine Korrektur.

Blieben wir beim Bauen. Wird Solarenergie im Wallis genug gefördert?

Sowohl bei den öffentlichen Bauten wie etwa Sportanlagen oder Schulhäusern als auch bei privaten Häusern oder Firmengebäuden muss noch mehr getan werden. Theoretisch könnte man bei jeder Baubewilligung eine Solaranlage verlangen. Früher musste jedes Haus einen Luftschutzkeller haben. Warum ist es heute nicht möglich zu verlangen, dass jeder Neubau eine Solaranlage auf dem Dach installieren muss?

Sie sind im unteren Kantonsteil gut vernetzt. Wie schätzen Sie das Verhältnis zwischen Ober- und Unterwallis ein?

Es sind andere Kulturen. Die Sprache ist oft ein Problem. Und darum ist es so wichtig, dass die Medien einen guten Job machen. Der «Walliser Bote» berichtet seit Längerem vermehrt auch aus dem Unterwallis. Das ist wichtig. Aber ich bin gegen einen Minderheitenschutz für das Oberwallis im Grossen Rat. Denn es gibt noch andere Minderheiten. Für mich ist wichtiger, dass alle Parteien und die Geschlechter ausgeglichen vertreten sind. Aber ich bin für eine Regierung mit sieben Mitgliedern; aus jedem Wahlkreis ein Staatsrat.

Hoffen Sie vor allem wieder auf Stimmen aus dem Unterwallis?

Ja. Ich glaube, seit den Wahlen 2019 schätzen mich die Unterwalliser. Für sie spielt es auch nicht so eine grosse Rolle, wie gut mein Französisch ist. Sie finden es gut, dass ich es probiere und mich ausdrücken kann. 2019 machte ich im Unterwallis sogar mehr Stimmen als Beat Rieder. Die Unterwalliser erinnern sich noch daran, dass das Oberwallis ihnen Marianne Maret quasi aufgezungen hat. Im Oberwallis werde ich es allerdings gegen Franz Ruppen schwer haben.

Was macht Marylène Volpi im zweiten Wahlgang? Sie könnte kandidieren.

Das wird nicht sie alleine entscheiden können. Wir haben mit der SP eine Vereinbarung getroffen. Diese sieht vor, dass wir nach dem ersten Wahlgang gemeinsam die weitere Strategie besprechen.

Falls sich die Bürgerlichen zu einer Allianz zusammenschliessen, wird es für die Linken gar keinen Platz in der Regierung geben.

Ich habe keine Angst vor einer möglichen bürgerlichen Allianz. Ob sich die Wählerinnen und Wähler bei einem solchen «Päckli» an den Willen der Bürgerlichen halten würden, wage ich zu bezweifeln. Das funktioniert nicht mehr so gut wie früher. Das Stimmvolk ist mündig und kann selbst wählen, wem es seine Stimme gibt.